

Absender:

**Fraktionen SPD, BIBS, CDU im  
Stadtbezirksrat 112**

**20-14121**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderung Bebauungsplan Berliner Straße 52K, 38104  
Braunschweig und Umgebung**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.08.2020

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

10.09.2020

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Der Bezirksrat beantragt für das Gebiet um den Bereich Berliner Straße 52K, 38104 Braunschweig, herum gelegene Gebiet einen neuen Bebauungsplan.

Beinhaltet soll dieser Bebauungsplan auch das Verbot bordellartiger Betriebe und Wohnungsprostitution.

Hintergrund ist die in der Mitteilung 20-13867 veröffentlichte Genehmigung eines bordellartigen Betriebes, begründet mit der Klassifizierung als Gewerbegebiet.

Dieses ist so nicht mehr zutreffend und muss an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

**Sachverhalt:**

Begründung:

In der näheren Umgebung gibt es inzwischen (u. a.) Wohnbaugebiete, Kleingartenanlagen, Rehazentrum, Lebenshilfe, Einkaufszentrum, Öffentliche Haltestellen (auch von Schülerinnen und Schülern genutzt) sowie weitere Firmen.

Ein bordellartiger Betrieb passt nicht in diese Umgebung und der Bezirksrat lehnt ihn daher erneut ab.

gez.

gez.

gez.

Peter Chmielnik

Tatjana Jenzen

Thorsten Wendt

**Anlage/n:**

Keine